

**Habilitationsordnung
des Fachbereichs Geisteswissenschaften
der Universität Duisburg-Essen
Vom 02. Juni 2008**

(Verköndungsblatt Jg. 6, 2008 S. 249)

Aufgrund des § 2 Abs. 4 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz - HG) vom 31.10.2006 (GV. NRW. S. 474), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13.03.2008 (GV. NRW. S. 195), hat die Universität Duisburg-Essen die folgende Habilitationsordnung erlassen:

Inhaltsübersicht

- § 1 Bedeutung der Habilitation
- § 2 Habilitationsfächer
- § 3 Zulassung zur Habilitation
- § 4 Habilitationsleistungen
- § 5 Habilitationsantrag
- § 6 Zulassung zum Habilitationsverfahren und Eröffnung des Habilitationsverfahrens
- § 7 Habilitationskommission
- § 8 Gutachterinnen und Gutachter
- § 9 Begutachtung der schriftlichen Habilitationsleistung
- § 10 Auslegung und Annahme der schriftlichen Habilitationsleistung
- § 11 Mündliche Habilitationsleistung
- § 12 Abschluss des Habilitationsverfahrens
- § 13 Abbruch des Habilitationsverfahrens
- § 14 Verleihung der Lehrbefugnis
- § 15 Rechte und Pflichten der Privatdozenten
- § 16 Beendigung der Lehrbefugnis und Zurücknahme der Lehrbefähigung
- § 17 Rechtsmittel
- § 18 Übergangsbestimmungen
- § 19 Schlussbestimmungen

§ 1

Bedeutung der Habilitation

- (1) Durch die Habilitation wird die Befähigung der Bewerberin bzw. des Bewerbers, ein wissenschaftliches Fach oder Fachgebiet in Forschung und Lehre selbständig zu vertreten, förmlich nachgewiesen.
- (2) Die Habilitation ist die Voraussetzung zur Verleihung der Lehrbefugnis (*Venia legendi*) und der Bezeichnung "Privatdozentin" bzw. "Privatdozent" nach §§ 14 und 15 dieser Ordnung.
- (3) Durch die Verleihung der Lehrbefugnis wird mitgliederschaftsrechtlich die Zugehörigkeit zur Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer begründet, soweit die bzw. der Habilitierte hauptamtlich oder hauptberuflich an der Hochschule selbständig Forschung und Lehre betreibt.

§ 2

Habilitationsfächer

- (1) Die Habilitation kann im Fachbereich Geisteswissenschaften für eines der in ihm vertretenen Fächer oder Fachgebiete mit Ausnahme der Fächer Evangelische Theologie und Katholische Theologie erfolgen.
- (2) Das Fachgebiet kann interdisziplinär sein,
 - a) indem es Teile von mehr als einem der im Fachbereich Geisteswissenschaften vertretenen Fächer umgreift,
 - b) indem es Teile von Fächern bzw. Fachgebieten umfasst, die in verschiedenen Fachbereichen vertreten sind, während der Schwerpunkt im Fachbereich Geisteswissenschaften liegt.

**§ 3
Zulassung zur Habilitation**

(1) Die Voraussetzungen für die Zulassung zur Habilitation sind:

1. Eine den Anforderungen des § 36 Abs. 1 Nr. 3 HG entsprechende Promotion an einer deutschen Universität zur Doktorin oder zum Doktor der Philosophie (Dr. phil.) in dem Fach, für das insgesamt oder für dessen Fachgebiet der Nachweis der Lehrbefähigung erbracht werden soll. Gleichwertige ausländische Promotionen werden auf Antrag anerkannt. Sofern sich die Gleichwertigkeit nicht aus einer von der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarung ergibt, soll eine gutachterliche Stellungnahme der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen eingeholt werden.
2. Weitere wissenschaftliche Forschungstätigkeit, die über die Promotion hinausgeht und die in der Regel durch Veröffentlichungen nachzuweisen ist.

(2) Auf schriftlich begründeten Antrag der Mehrheit der das Habilitationsfach vertretenden Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer kann auf Beschluss des Fachbereichsrates zur Habilitation auch zugelassen werden, wer eine den Anforderungen des § 36 Abs. 1 Nr. 3 HG entsprechende Promotion an einer deutschen Universität in einem anderen als dem Fach nachweisen kann, für das insgesamt oder für dessen Fachgebiet der Nachweis der Lehrbefähigung erbracht werden soll. Eine fachliche Nähe der Promotion zum Habilitationsfach sollte gewährleistet sein. Abs. 1 Nr. 1 Satz 2 und 3 sowie Abs. 1 Nr. 2 gelten entsprechend.

**§ 4
Habitationsleistungen**

(1) Die Habitationsleistungen bestehen aus einer wissenschaftlichen Arbeit, die von der Habitationskommission als Habilitationsschrift anerkannt wird, und einem wissenschaftlichen Vortrag mit anschließender wissenschaftlicher Aussprache. Die Habilitationsschrift muss dem Gebiet entstammen, für das die Bewerberin bzw. der Bewerber die Habilitation zu erlangen wünscht. Sie muss ein anderes Thema behandeln als die Dissertation und eine Förderung der wissenschaftlichen Erkenntnis darstellen.

(2) An die Stelle einer Habilitationsschrift können auch mehrere veröffentlichte wissenschaftliche Arbeiten treten, die insgesamt den an eine Habilitationsschrift zu stellenden Anforderungen genügen müssen.

(3) Wesentliche Beiträge zu wissenschaftlichen Veröffentlichungen einer Forschungsgruppe werden entsprechend anerkannt, wenn die Habilitandin bzw. der Habilitand ihre bzw. seine maßgebliche Mitwirkung als Mitglied dieser Forschungsgruppe eindeutig belegen kann und der individuelle Beitrag der Habilitandin bzw. des Habilitanden deutlich erkennbar ist, als solcher den Anforderungen an eine schriftliche Habitationsleistung oder Habilitationsteilleistung genügt und für sich bewertbar ist.

(4) Wissenschaftlicher Vortrag und wissenschaftliche Aussprache sind hochschulöffentlich. Der wissenschaftliche Vortrag ist studiengangbezogen anzubieten und zu bewerten. Die wissenschaftliche Aussprache hat den Zweck, die vorgetragenen Thesen gegenüber Fragen und Einwendungen zu begründen, weiter auszuführen und in größere Fachzusammenhänge zu stellen.

**§ 5
Habitationsantrag**

Das Gesuch um Zulassung zur Habilitation ist von der Bewerberin bzw. dem Bewerber schriftlich unter Angabe des Fachs oder Fachgebietes, für das der Nachweis der Lehrbefähigung erbracht werden soll, bei der Dekanin bzw. dem Dekan des Fachbereichs Geisteswissenschaften einzureichen. Dem Antrag auf Eröffnung des Habilitationsverfahrens sind beizufügen:

1. Vier Exemplare der Habilitationsschrift bzw. der als schriftliche Habitationsleistung vorgelegten wissenschaftlichen Arbeiten.
2. Eine schriftliche Empfehlung einer hauptamtlich tätigen Professorin oder eines Professors des Faches, in welchem die Habilitation angestrebt wird. Wird der Antrag auf Verleihung der Lehrbefugnis gestellt, so ist auch eine Befürwortung des Fachs auf Verleihung der Lehrbefugnis beizufügen.
3. Nachweis über die bisher erbrachte Lehrtätigkeit.
4. Nachweis über die weitere wissenschaftliche Forschungstätigkeit, die außerhalb der Promotionsarbeit durchgeführt wurde, gemäß § 3 Abs. 2.
5. Ein Verzeichnis sämtlicher eigener und gemeinschaftlicher wissenschaftlicher Veröffentlichungen und Vorträge. Sofern zur Veröffentlichung bestimmte wissenschaftliche Arbeiten angegeben werden, sind diese vorzulegen.
6. Ein kurzer Lebenslauf, aus dem der wissenschaftliche Werdegang und die bisherige Berufstätigkeit ersichtlich sind.
7. Eine beglaubigte Abschrift der Promotionsurkunde und ein Exemplar der Dissertation.
8. Eine Erklärung über bereits früher unternommene Habitationsversuche, ob frühere Habitationsversuche der Bewerberin bzw. des Bewerbers in dem angestrebten Fach oder Fachgebiet oder in anderen Fächern bzw. Fachgebieten gescheitert sind.
9. Eine Erklärung der Bewerberin bzw. des Bewerbers zur Wahl des Fachbereichs Geisteswissenschaften, wenn das Fachgebiet, für das sie bzw. er die Habilitation beantragt, interdisziplinär im Sinne von § 2 Abs. 2 b) ist. Die Wahl ist zu begründen, indem anhand der schriftlichen Habitationsleistung der Gegenstandsbereich und die Methoden der wissenschaftlichen Tätigkeit beschrieben werden.
10. Ggf. der Antrag auf Verleihung der Lehrbefugnis.

§ 6

Zulassung zum Habilitationsverfahren und Eröffnung des Habilitationsverfahrens

(1) Die Dekanin bzw. der Dekan des Fachbereichs prüft die vorgelegten Unterlagen gemäß § 5 auf Vollständigkeit. Bei Vollständigkeit unterrichtet sie bzw. er die Professorinnen bzw. Professoren und habilitierten Mitglieder des Fachbereichs Geisteswissenschaften.

(2) Über die Eröffnung des Habilitationsverfahrens beschließt der Fachbereichsrat. Die Eröffnung kann nur versagt werden, wenn die Zuständigkeit gemäß § 2 nicht gegeben ist oder die Voraussetzungen gemäß § 5 nicht bestätigt werden können. Lehnt der Fachbereichsrat die Zulassung ab, gilt das Habilitationsverfahren als nicht eingeleitet. Die Ablehnung eines Antrags auf Zulassung zum Habilitationsverfahren ist insbesondere möglich, wenn das Fachgebiet, dem das Thema der schriftlichen Habilitationsleistung zuzuordnen ist, nicht im Fachbereich Geisteswissenschaften der Universität Duisburg-Essen vertreten ist.

(3) Die Habilitandin bzw. der Habilitand ist nach einem ersten gescheiterten Habilitationsversuch berechtigt, ein weiteres Mal ein Habilitationsverfahren zu beantragen. Ein Habilitationsversuch kann nur einmal wiederholt werden. Der Versuch gilt als unternommen, wenn die Voraussetzungen gemäß § 6 erfüllt sind. Hierbei ist ein Versuch, der gemäß § 13 Abs. 3 abgebrochen wurde, einmal nicht zu berücksichtigen. Habilitationsversuche an anderen wissenschaftlichen Hochschulen sind mit zu berücksichtigen. Eine Ablehnung nach § 6 Abs. 2 hat die Antragstellerin oder der Antragsteller nicht zu vertreten. Sie ist bei der Wiederholung der Antragstellung nicht zu berücksichtigen.

(4) Das Ergebnis der Beschlussfassung ist der Bewerberin bzw. dem Bewerber, dem Rektorat sowie den Dekaninnen und Dekanen der anderen Fachbereiche von der Dekanin bzw. dem Dekan schriftlich mitzuteilen.

§ 7

Habilitationskommission

(1) Nach der Eröffnung des Habilitationsverfahrens bestellt der Fachbereichsrat eine Habilitationskommission, der fünf Professorinnen bzw. Professoren oder habilitierte Mitglieder sowie zwei Angehörige des wissenschaftlichen Mittelbaus, eine stimmberechtigte Studierende bzw. ein stimmberechtigter Studierender und eine Studierende bzw. ein Studierender mit beratender Funktion (jeweils ab dem 5. Fachsemester) des Fachbereichs angehören. Mindestens drei der Mitglieder müssen Professorinnen bzw. Professoren sein. Zu ihrer konstituierenden Sitzung wird die Habilitationskommission durch die Dekanin bzw. den Dekan einberufen und durch sie bzw. ihn eröffnet.

(2) Ist der Fachbereichsrat der Meinung, dass andere Fachbereiche von dem Habilitationsgesuch fachlich mitbetroffen sind, so wird die Habilitationskommission im Benehmen mit den betroffenen Fachbereichsräten gebildet. In diesem Fall können von anderen Fachbereichen insgesamt bis zu drei weitere Professorinnen bzw. Professoren und habilitierte Mitglieder in die Habilitationskommission entsandt werden.

(3) Bei Interessenanmeldung weiterer Fachbereiche an dem Habilitationsverfahren kann innerhalb einer Frist von drei Wochen nach der Eröffnung des Habilitationsverfahrens je eine Professorin bzw. ein Professor oder ein habilitiertes Mitglied mit beratender Stimme von den entsprechenden Fachbereichsräten in die Kommission entsandt werden.

(4) Die Habilitationskommission wählt in ihrer konstituierenden Sitzung eine Vorsitzende bzw. einen Vorsitzenden aus dem Kreis der entscheidungsberechtigten Mitglieder des Fachbereichs Geisteswissenschaften (siehe § 8 Abs. 1). Sie ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist. Sie entscheidet mit einer Mehrheit von mindestens der Hälfte der Stimmen aller stimmberechtigten Mitglieder.

§ 8

Gutachterinnen und Gutachter

(1) Die Habilitationskommission bestellt drei Professorinnen bzw. Professoren oder zwei Professorinnen bzw. Professoren und eine habilitierte hauptamtlich Lehrende bzw. einen habilitierten hauptamtlich Lehrenden, die mit dem Fachgebiet vertraut sein müssen, als Gutachterinnen bzw. Gutachter. Die Gutachterinnen bzw. Gutachter müssen die Voraussetzungen nach § 36 Abs. 1 Nr. 4 HG erfüllen. Mindestens eine der Gutachterinnen bzw. einer der Gutachter muss Angehörige bzw. Angehöriger einer auswärtigen Hochschule oder Forschungseinrichtung sein. Mindestens eine Gutachterin bzw. ein Gutachter muss Angehörige bzw. Angehöriger des Fachbereichs Geisteswissenschaften sein. Die Habilitandin bzw. der Habilitand ist berechtigt, eine bzw. einen der drei Gutachterinnen bzw. Gutachter vorzuschlagen. Eine Gutachterin bzw. ein Gutachter kann nicht zugleich Vorsitzende bzw. Vorsitzender der Habilitationskommission sein.

(2) In Zweifelsfällen hat die Habilitationskommission das Recht, ein weiteres Gutachten oder mehrere weitere Gutachten zu bestellen. Absatz 1 gilt entsprechend.

§ 9

Begutachtung der schriftlichen Habilitationsleistung

Die Gutachterinnen bzw. der Gutachter erstatten unabhängig voneinander innerhalb einer Frist von drei Monaten je ein schriftliches Gutachten, aus dem eindeutig ihre zustimmende oder ablehnende Stellungnahme bezüglich der schriftlichen Habilitationsleistung hervorgehen muss. Wird ein Gutachten nicht fristgerecht vorgelegt, so kann die Habilitationskommission nach einmaliger Mahnung und dem Ablauf von weiteren vier Wochen nach der Mahnung die Bestellung der bzw. des Betreffenden widerrufen und eine andere Gutachterin bzw. einen anderen Gutachter bestellen. Falls es sich um die bzw. den von der Habilitandin bzw. dem Habilitanden vorgeschlagene(n) Gutachterin bzw. Gutachter handelt, kann die Habilitandin bzw. der Habilitand einen neuen Vorschlag einreichen.

§ 10

**Auslegung und Annahme
der schriftlichen Habilitationsleistung**

(1) Die Habilitationsleistung nach § 4 Abs. 1 bis 3 sowie die Gutachten sind dem Fachbereichsrat, den Professorinnen bzw. Professoren und habilitierten Mitgliedern des Fachbereichs zugänglich zu machen. Dies erfolgt durch Auslegen im Dekanat und entsprechende Mitteilungen an die Mitglieder der genannten Gremien nach Eingang der Gutachten. Die Auslegefrist beträgt vier Wochen.

(2) Jede Professorin bzw. jeder Professor des Fachbereichs sowie jedes habilitierte Mitglied des Fachbereichs kann gegen die Annahme der vorgelegten Arbeit(en) als schriftliche Habilitationsleistung bis 14 Tage nach dem Ende der Auslegefrist bei der Dekanin bzw. dem Dekan unter Darlegung der Gründe schriftlich Einspruch erheben. Die Einsprüche werden der Habilitandin bzw. dem Habilitanden innerhalb einer Frist von drei Monaten zur Kenntnis gebracht, sie bzw. er kann hierzu binnen einer Frist von vier Wochen Stellung nehmen.

(3) Die Habilitationskommission entscheidet über die Annahme der schriftlichen Habilitationsleistung. Den fachwissenschaftlichen Gutachten ist, solange sie nicht durch Gegengutachten aus dem Kreis der stimmberechtigten Mitglieder erschüttert werden, maßgeblicher Einfluss auf die Bewertungsentscheidung der Habilitationskommission einzuräumen. Ihnen ist eine prinzipielle inhaltliche Bindungswirkung aufgrund einer Vermutung fachlicher Richtigkeit beizumessen. Zur Entscheidungsfindung kann die Kommission ein oder mehrere zusätzliche Gutachten von Wissenschaftlerinnen bzw. Wissenschaftlern einholen, die mit dem Fachgebiet vertraut sind.

(4) Bei Ablehnung der schriftlichen Habilitationsleistung durch die Kommission berichtet die bzw. der Vorsitzende dem Fachbereichsrat über die Gründe der Ablehnung. Der Fachbereichsrat beschließt daraufhin entweder die Beendigung des Habilitationsverfahrens oder erteilt der Kommission den Auftrag, ein oder mehrere weitere Gutachten zur schriftlichen Habilitationsleistung gemäß § 10 Abs. 3 einzuholen und das Habilitationsverfahren gemäß §§ 9 ff. fortzusetzen. Bei Beendigung des Verfahrens aufgrund der Ablehnung der schriftlichen Habilitationsleistung ist § 17 zu beachten.

(5) In den übrigen Fällen einer Annahme der schriftlichen Habilitationsleistung durch die Kommission ist die Entscheidung der Kommission für spätere Entscheidungen im Habilitationsverfahren bindend.

(6) Über Entscheidungen der Kommission wird die Habilitandin bzw. der Habilitand unverzüglich durch die Vorsitzende bzw. den Vorsitzenden informiert, über Entscheidungen des Fachbereichsrats unverzüglich durch die Dekanin bzw. den Dekan.

§ 11

Mündliche Habilitationsleistung

(1) Als mündliche Habilitationsleistung gilt ein wissenschaftlicher Vortrag mit Aussprache, der hochschulöffentlich ist. Er soll die Befähigung der Habilitandin bzw. des Habilitanden zum wissenschaftlichen Vortrag zeigen.

(2) Nach Annahme der schriftlichen Habilitationsleistung reicht die Habilitandin bzw. der Habilitand drei Themenvorschläge für den Probenvortrag mit Themen ein, die in den schriftlichen Habilitationsleistungen nicht behandelt worden sind. Die Themen sollen dem Lehrgebiet entnommen sein, für das die Bewerberin bzw. der Bewerber die Lehrbefähigung anstrebt, und ein Problem in größerem Zusammenhang darstellen. Die Habilitationskommission entscheidet über das Thema und den Termin des wissenschaftlichen Vortrags, nachdem sie die schriftliche Habilitationsleistung gemäß § 10 Abs. 3 und 4 angenommen hat. Die Kommission kann eine Änderung der Themenvorschläge verlangen.

Die bzw. der Vorsitzende informiert spätestens vier Wochen vor dem angesetzten Termin die Habilitandin bzw. den Habilitanden über den Termin und das Thema, das die Kommission aus den drei eingereichten Vorschlägen auswählt.

(3) Durch ein Schreiben an das Rektorat und die Dekaninnen bzw. Dekane der anderen Fachbereiche lädt die Dekanin bzw. der Dekan die Hochschulöffentlichkeit zum wissenschaftlichen Vortrag ein. Neben den Mitgliedern der Habilitationskommission und den Gutachtern sind insbesondere die Mitglieder des Fachbereichsrates des Fachbereichs Geisteswissenschaften und alle hauptamtlich Lehrenden des Fachbereichs bzw. der gemäß § 7 Abs. 2 beteiligten Fachbereiche einzuladen und zur aktiven Teilnahme an der wissenschaftlichen Aussprache berechtigt.

(4) Der wissenschaftliche Vortrag soll nicht länger als 45 Minuten, die Aussprache etwa 45 Minuten dauern. Die Aussprache schließt sich unmittelbar an den Vortrag an und wird durch Mitglieder der Habilitationskommission eröffnet.

(5) Bei der Bewertung des wissenschaftlichen Vortrags ist außer der wissenschaftlichen Qualifikation auch die hochschuldidaktische Eignung der Habilitandin bzw. des Habilitanden in angemessener Weise zu berücksichtigen.

(6) Wird die Annahme der mündlichen Habilitationsleistungen abgelehnt, so kann der wissenschaftliche Vortrag mit Aussprache einmal in angemessener Frist wiederholt werden. Bei Wiederholung müssen drei Themen von der Habilitandin bzw. dem Habilitanden eingereicht werden, bei denen die beiden nicht berücksichtigten des ersten wissenschaftlichen Vortrags wieder angegeben werden können.

(7) Wird die Annahme der mündlichen Habilitationsleistungen im Wiederholungsfall erneut abgelehnt, so ist das Verfahren endgültig gescheitert.

§ 12

Abschluss des Habilitationsverfahrens

(1) Das Habilitationsverfahren soll spätestens zwölf Monate nach Antragstellung abgeschlossen sein.

(2) Unmittelbar nach der wissenschaftlichen Aussprache berät die Habilitationskommission über die Bewertung der mündlichen Habilitationsleistungen und beschließt unter Berücksichtigung von § 11 Abs. 5 entweder, dem Fachbereichsrat vorzuschlagen, in seiner nächsten Sitzung das Habilitationsverfahren abzuschließen und der Habilitandin bzw. dem Habilitanden durch ein entsprechendes Zeugnis gemäß beiliegendem Muster die Lehrbefähigung für ein bestimmtes wissenschaftliches Fach oder Fachgebiet zuzuerkennen oder, falls eine Wiederholung gemäß § 11 Abs. 6 nicht mehr möglich ist, das Habilitationsverfahren als endgültig gescheitert zu erklären.

(3) Der Fachbereichsrat beschließt über die Annahme der gesamten Habilitationsleistungen auf der Grundlage der Beschlüsse der Habilitationskommission. Die Beschlüsse des Fachbereichsrates bedürfen der Mehrheit der im Fachbereichsrat vertretenen Professorinnen und Professoren, die habilitiert oder Professorinnen oder Professoren gemäß § 36 Abs. 1 Ziffer 4 HG sind. Stimmt der Fachbereichsrat den Beschlüssen der Habilitationskommission nicht zu, so verweist er das Verfahren an die Habilitationskommission einmal zurück, die dann endgültig entscheidet.

(4) Die Dekanin bzw. der Dekan teilt der Habilitandin bzw. dem Habilitanden die Entscheidung des Fachbereichsrates innerhalb einer Frist von zwei Wochen mit. Bei positivem Entscheid überreicht die Dekanin bzw. der Dekan der Habilitandin bzw. dem Habilitanden die Habilitationsurkunde über die Feststellung der Lehrbefähigung gemäß beiliegendem Muster; die Bestimmungen des § 17 sind dabei zu beachten. Auf Wunsch der Habilitandin bzw. des Habilitanden kann die Urkunde auch postalisch zugestellt werden.

(5) Ein vollständiges Exemplar der Habilitationsschrift verbleibt bei den Akten des Fachbereichs. Ein weiteres Belegexemplar hat die Habilitandin bzw. der Habilitand an die Universitätsbibliothek abzuliefern.

§ 13

Abbruch des Habilitationsverfahrens

(1) Verweigert die Habilitandin bzw. der Habilitand trotz schriftlicher Mahnung die in § 11 Abs. 2 von ihr oder ihm geforderten Absprachen über Vortragsthemen oder verweigert die Wahrnehmung ihr oder ihm gesetzter Termine, kann die Habilitationskommission beim Fachbereichsrat die Einstellung des Verfahrens beantragen. Die Habilitandin/der Habilitand ist vorher zu hören.

(2) Ein laufendes Habilitationsverfahren kann in beiderseitigem Einvernehmen abgebrochen werden, wenn die Habilitandin bzw. der Habilitand einen Ruf auf eine Professur an eine andere Universität angenommen hat. Auf Wunsch der Habilitandin bzw. des Habilitanden stellt die Dekanin bzw. der Dekan eine Bescheinigung über den Grund für den Abbruch des Verfahrens aus.

(3) Bis zum Eingang der Gutachten zur schriftlichen Habilitationsleistung hat die Habilitandin bzw. der Habilitand die Möglichkeit, seinen Habilitationsantrag zurückzuziehen.

§ 14

Verleihung der Lehrbefugnis

(1) Der Fachbereichsrat entscheidet über die Verleihung der Befugnis, in ihrem bzw. seinem durch die erlangte Lehrbefähigung festgelegten Fach oder Fachgebiet am Fachbereich Geisteswissenschaften der Universität Duisburg-Essen Lehrveranstaltungen selbständig durchzuführen. Aufgrund der Verleihung der Befugnis zur Durchführung von Lehrveranstaltungen ist die bzw. der Habilitierte berechtigt, die Bezeichnung "Privatdozentin" bzw. "Privatdozent" zu führen. Ein Dienstverhältnis wird damit nicht begründet.

(2) Innerhalb eines Jahres nach Erteilung der Lehrbefugnis ist die bzw. der Habilitierte gehalten, sich mit einer öffentlichen Antrittsvorlesung vorzustellen. Zu dieser Antrittsvorstellung lädt die Dekanin bzw. der Dekan die Hochschulöffentlichkeit ein.

(3) Personen, die die Bestätigung der Lehrbefähigung an einem entsprechenden Fachbereich oder einer entsprechenden Fakultät einer anderen Universität oder Hochschule erhalten haben, können auf Antrag an den Fachbereich Geisteswissenschaften die Lehrbefugnis im Fachbereich Geisteswissenschaften der Universität Duisburg-Essen erhalten. Der Fachbereichsrat bestätigt die Lehrbefähigung im beantragten Fach oder Fachgebiet. Ein Anspruch auf Erteilung der Lehrbefugnis ergibt sich hieraus nicht.

(4) Änderungen der Lehrbefähigung erfordern die Einleitung eines Habilitationsverfahrens nach der vorliegenden Ordnung. In diesem Fall kann die Habilitationskommission Teile der Habilitationsleistungen, die der ursprünglichen Lehrbefähigung zugrunde liegen, anerkennen.

§ 15

Rechte und Pflichten der Privatdozenten

(1) Mit der Verleihung der Lehrbefugnis übernimmt die Privatdozentin bzw. der Privatdozent die Verpflichtung, im Rahmen ihres bzw. seines Fachgebietes eine durchschnittlich zweistündige Lehrveranstaltung pro Semester abzuhalten. Falls die Privatdozentin bzw. der Privatdozent ihre bzw. seine Lehrtätigkeit für ein Semester oder länger unterbrechen will, hat sie bzw. er hierzu die Genehmigung der Dekanin bzw. des Dekans einzuholen.

(2) Aus der Verleihung der Lehrbefugnis ergeben sich keine Ansprüche auf Anstellung oder Übertragung eines Lehrauftrages innerhalb der Universität Duisburg-Essen.

§ 16

**Beendigung der Lehrbefugnis
und Zurücknahme der Lehrbefähigung**

(1) Die Lehrbefugnis endet:

1. durch Verzicht der Privatdozentin bzw. des Privatdozenten auf die Lehrbefugnis im Wege einer schriftlichen Erklärung gegenüber der Hochschule.
2. durch Annahme eines Rufs als Professorin bzw. Professor an eine andere wissenschaftliche Hochschule durch die Privatdozentin bzw. den Privatdozenten.
3. durch Erteilung der Lehrbefugnis durch eine andere Hochschule.
4. durch Entzug auf Beschluss der Hochschule, wenn die Privatdozentin bzw. der Privatdozent ohne anerkannten Grund ihren bzw. seinen Lehrverpflichtungen über die Dauer von zwei Jahren nicht nachkommt, es sei denn, dass sie bzw. er das 65. Lebensjahr vollendet hat.

(2) Die Zuerkennung der Lehrbefähigung und die Lehrbefugnis können von der Hochschule zurückgenommen werden, wenn sie aufgrund eines durch die Bewerberin bzw. den Bewerber vorsätzlich verursachten Irrtums oder einer Täuschung über das Vorliegen wesentlicher, nach dieser Habilitationsordnung erforderlicher Leistungen erlangt worden sind.

(3) Vor dem Beschluss über die Zurücknahme oder Entziehung durch die Hochschule ist der Privatdozentin bzw. dem Privatdozenten Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Im Übrigen findet § 17 entsprechende Anwendung.

(4) Bei Beendigung der Lehrbefugnis erlischt die Berechtigung zum Führen der Bezeichnung "Privatdozentin" bzw. "Privatdozent".

§ 17

Rechtsmittel

(1) Ablehnende Entscheidungen im Rahmen des Habilitationsverfahrens sind grundsätzlich in Form eines schriftlichen Bescheides mit Begründung und Rechtsmittelbelehrung zu erteilen und der Bewerberin bzw. dem Bewerber zuzustellen.

(2) Über einen Widerspruch der Bewerberin bzw. des Bewerbers zu einem ablehnenden Bescheid im Habilitationsverfahren entscheidet der Fachbereichsrat nach erneuter Beratung. Über einen Widerspruch der Bewerberin bzw. des Bewerbers zu einem ablehnenden Bescheid im Verfahren der Verleihung der Lehrbefugnis entscheidet der Fachbereichsrat nach erneuter Beratung.

§ 18

Übergangsbestimmungen

Für bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Habilitationsordnung laufende Habilitationsverfahren gilt die bisher einschlägige Habilitationsordnung des Fachbereichs Geisteswissenschaften der Universität Duisburg-Essen vom 10. März 2006, sofern die Habilitandin bzw. der Habilitand keinen gegenteiligen Antrag stellt.

§ 19

Schlussbestimmungen

(1) Das Habilitationsverfahren ist gebührenfrei.

(2) Diese Habilitationsordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Verkündungsblatt der Universität Duisburg-Essen - Amtliche Mitteilungen in Kraft. Zum gleichen Zeitpunkt tritt ungeachtet der Regelung des § 18 die bisherige Habilitationsordnung des Fachbereichs Geisteswissenschaften der Universität Duisburg-Essen vom 10. März 2006 außer Kraft. Der Fachbereich Geisteswissenschaften hat die Habilitationsordnung nach einer angemessenen Frist zu überprüfen.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Fachbereichsrates des Fachbereichs Geisteswissenschaften vom 04. Juli 2007.

Duisburg und Essen, den 02. Juni 2008

Für den Rektor
der Universität Duisburg-Essen
Der Kanzler
In Vertretung
Klaus Peter Nitka

(Muster für Habilitationsurkunde)

Der Fachbereich Geisteswissenschaften

der

Universität Duisburg-Essen

stellt unter dem Rektorat der Professorin / des Professors

und unter dem Dekanat der Professorin / des Professors

fest, dass

Frau / Herr

Dr. phil.

geboren am ... in

die

Lehrbefähigung

für das Fach

besitzt, nachdem sie / er durch die Habilitationsschrift

.....

sowie den wissenschaftlichen Vortrag

.....

mit anschließendem Kolloquium nachgewiesen hat, dass sie / er das Fach

in Forschung und Lehre selbständig vertreten kann.

Essen, den

die Dekanin / der Dekan

[Siegel des Fachbereichs Geisteswissenschaften]

(Muster für Urkunde über die Lehrbefugnis)

Der Fachbereich Geisteswissenschaften

der

Universität Duisburg-Essen

erteilt unter dem Rektorat der Professorin / des Professors

und unter dem Dekanat der Professorin / des Professors

nach dem Beschluss des Fachbereichrates

Frau / Herrn

Dr. phil.

geboren am ... in

die

Lehrbefugnis

(Venia legendi)

für das Fach

Essen, den

die Dekanin / der Dekan

[Siegel des Fachbereichs Geisteswissenschaften]

DuEPublico

Duisburg-Essen Publications online

UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN

Offen im Denken

ub | universitäts
bibliothek

Dieser Text wird via DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt. Die hier veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

DOI: 10.17185/duepublico/82043

Alle Rechte vorbehalten.